

rund 6 Mrd.Yen.

Ausrüstungen für den Einsatz in ein Ausbildungszentrum für Fernmeldetechniker im Wert von 2,1 Mrd.Yen hat das chinesische Postministerium bei dem japanischen Generalhandelshaus Kanematsu-Gosho, Ltd. bestellt. Komponenten und Teile für die Fertigung von schweren Kipplastwagen wird die Komatsu, Ltd., der größte Hersteller von Baufahrzeugen in Japan, an die chinesische China National Technical Import Co. liefern. Der Auftrag hat einen Wert von 2 Mrd.Yen und erstreckt sich auch auf die Lieferung des entsprechenden technischen Wissens. Es sollen vor allem Kipplastwagen mit einer Tragfähigkeit von 68 t produziert werden. Ferner erwartet die Firma, daß sie im Jahr 1985 ihre Ausfuhren von Baufahrzeugen aller Art in die Volksrepublik auf 9 Mrd.Yen steigern können.

Technisches Wissen für den Bau von Wasserkraftwerken für 1 Mrd.Yen hat die japanische Electric Power Development Co. zusammen mit der Nippon Koei Co. an das chinesische Ministerium für Wasserreserven und Elektrizität verkauft. Die Anlage soll auf eine Jahreskapazität von 2,4 Mio.kW angelegt werden und wahrscheinlich im Grenzgebiet zwischen den Provinzen Guizhou und Guangxi gebaut werden.

Die Kumagai Gumi, eine der führenden Auslandsbaufirmen in Japan, wird in der chinesischen Provinz Gansu einen 14,8 km langen Ent- und Bewässerungskanal bzw. -tunnel anlegen. Die Baukosten für diesen Tunnel errechnete die Firma mit etwa 5,6 Mrd.Yen. Ferner wird die Firma zusammen mit ihrer Tochtergesellschaft in Hongkong das sogenannte Haiko International Financial Center errichten. Die Kosten für dieses Gebäude belaufen sich auf rund 3,8 Mrd.Yen.

Die japanische Firma Dainichi Kiko Co., einer der wichtigsten Hersteller von Geräten zur Automatisierung von Fabriken, hat an das chinesische Ministerium für die Maschinenbauindustrie technisches Wissen für die Herstellung von Industrie-Automaten vergeben. Der Lizenzvertrag hat einen Wert von 250 Mio.Yen. (NfA, 18.11.85) -lou-

WIRTSCHAFT

*
*
* * * * *

*(23)
Symposium über Patent- und Markenschutzrecht in Beijing
Ende Oktober 1985 hatte der Chinese Council for the Promotion of

International Trade (CCPIT) durch die chinesische Landesgruppe der Association internationale pour la protection de la propriete industrielle (AIPPI) 200 Patent- und Warenzeichenspezialisten aus aller Welt zu einem Symposium nach Beijing eingeladen. Dieses sollte offensichtlich dem doppelten Zweck dienen, einerseits den ausländischen Spezialisten die neue chinesische Gesetzgebung näherzubringen und andererseits den rund 100 teilnehmenden chinesischen staatlichen Patentanwälten, Patentbeamten und Richtern Anregungen für die zukünftige Patent- und Markenpraxis zu vermitteln.

Welch hohen Stellenwert die chinesische Regierung dem gewerblichen Rechtsschutz als Mittel zur Förderung der Innovation, der Kooperation und des Technologie-Transfers beimißt, läßt sich daraus erkennen, daß an der erwähnten Konferenz sowohl Vizeministerpräsident Li Peng als auch der Justizminister und der Außenhandelsminister in Erscheinung traten.

Eine erste Zwischenbilanz sieben Monate nach Inkrafttreten des neuen Patentrechts zeigt einen unerwarteten Erfolg des Patentsystems in der Volksrepublik. Bis Ende Oktober 1985 waren rund 12.000 Patentanmeldungen hinterlegt worden, davon rund ein Drittel von ausländischen Anmeldern und mehr als 7.000 für chinesische Erfindungen. Der Stab der für ausländische Patentanmeldungen zuständigen China Patent Agency (CPA) in Hongkong ist entsprechend innerhalb Jahresfrist von 4 auf 85 angewachsen.

Die chinesische Regierung hat offensichtlich die zwei Schwachstellen ihres Patentgesetzes bereits erkannt. Diese sind das Fehlen eines Erzeugnisschutzes für mechanische Verfahrenspatente und der Ausschluß chemischer und pharmazeutischer Erzeugnisse von der Patentierung. Das Fehlen des Erzeugnisschutzes führt unter anderem dazu, daß im patentfreien Ausland nach einem in China patentierten Verfahren hergestellte Produkte eingeführt und in China frei verbreitet werden können. Hier soll nach den Vorstellungen der chinesischen Regierung durch Importab-sprachen vorläufige Abhilfe geschaffen werden. Der Patentschutz chemischer und pharmazeutischer Erzeugnisse wird für einen späteren Zeitpunkt in Betracht gezogen, wenn es gelungen sei, eine entsprechende Industrie im Inland aufzubauen.

Im Bereich des Markenrechts ist neben 75.000 inländischen Marken und Markenmeldungen die Zahl der ausländischen Marken sprunghaft

auf rund 15.000 angestiegen. Probleme ergeben sich im Markenrecht bei der Konversion von Wortmarken in chinesische Schriftzeichen, bei der vom europäischen Konzept abweichenden Priorität des Schriftbildes gegenüber dem Klang der Marke sowie aus den Unterschieden zwischen der internationalen Klassifikation und der von einem anderen Vermarktungssprinzip getragenen chinesischen Auffassung über Warengleichartigkeit.

Das Patent- und Markenrecht ist in den europäischen Staaten eingebettet in ein ausgebautes System des Zivilrechtes. Ein solches fehlt in China noch weitgehend. Im Umfeld der sukzessive einsetzenden Rechtspraxis der chinesischen gewerblichen Schutzrechte macht sich vor allem das Fehlen von Wettbewerbsrecht, Firmenrecht und Urheberrecht bemerkbar. So vermag das Markenrecht weder vor dem Mißbrauch von Marken in der Werbung noch vor deren unrechtmäßiger Benutzung als Firma zu schützen. Firmennamen sind vorläufig schutzlos. Das Patentrecht gibt in der Regel keinen Schutz für Computer-Software, integrierte Schaltungen, Know-how und Fabrikationsgeheimnisse.

Die Bemühungen zum Erlaß der unerläßlichen ergänzenden Gesetzgebung auf dem Gebiet von Wettbewerbs-, Firmen- und Urheberrecht sind offenbar im Gange und zum Teil schon recht fortgeschritten. Dabei ist aber nicht zu übersehen, daß das Patent- und Markenrecht international schon weitgehend vereinheitlicht sind, so daß der Rahmen einer nationalen Gesetzgebung begrenzt ist. Der gesetzgeberische Spielraum ist beschränkt. Auf Wettbewerbs- und Firmenrecht tritt dies in viel geringerem Maße zu. China muß sich zuerst an einer Vielzahl von teilweise im Konzept gegensätzlichen Systemen orientieren. Das braucht Zeit, und der weite gesetzgeberische Spielraum wirft Fragen der Integration in die bestehende Rechtsordnung und Präzedenzwirkung für die künftige Gestaltung des chinesischen Zivilrechts auf, welche unvermeidbarerweise die Entscheidungsfindung hemmen.

Im Zusammenhang mit der neuen Gesetzgebung für gewerbliche Schutzrechte und der sich ausweitenden Gesetzgebung auf dem Gebiet des Zivilrechts erfährt einerseits das zivilrechtliche Gerichtswesen einen systematischen Aufbau und eine Aufwertung, andererseits werden Vorbereitungen zur Bildung einer an westlichen Mustern orientierten Anwaltskammer für Rechtsanwälte getroffen. Die chinesischen Patentanwälte haben bereits den Anschluß an die entsprechenden in-

ternationalen Organisationen gesucht und gefunden. (NZZ, 23.11.85) -lou-

* (24)

Industrielles Wachstum gebremst

Das industrielle Wachstum scheint sich als Ergebnis einer Serie von Maßnahmen nicht mehr so schnell zu entwickeln, wie noch in der ersten Jahreshälfte. Das Zentrale Statistikamt berichtete, daß die Wachstumsrate im Oktober 11,7% betrug, noch im September 1985 hatte sie 14,5% betragen. Für die Periode Januar bis Juni 1985 wurden 23,1% Wachstum gemessen, in den ersten 10 Monaten des Jahres betrug die Wachstumsrate 19,6%. Der industrielle Bruttoproduktionswert während der letztgenannten Periode betrug 680,4 Mrd. Yuan.

Die Drosselung des Wachstumstempos begann im Juli 1985, nachdem die Regierung die makroökonomische Steuerung verstärkt hatte, um die exzessiven Investitionen in das Anlagevermögen und ein Ausuferen der Konsumfonds zu beenden. (XNA, 11.11.85) -lou-

* (25)

Über die allgemeine Industrieumfrage

Der Staatsrat hat den Beschluß gefaßt, eine zweite landesweite allgemeine Industrieumfrage im ersten Quartal 1986 durchzuführen. Ein Reporter der Nachrichtenagentur Xinhua befragte dazu einen Verantwortlichen aus der entsprechenden Führungsgruppe des Staatsrates. Auf die Frage des Reporters über Zweck und Bedeutung der allgemeinen Industrieumfrage antwortete der Funktionär wie folgt: Diese allgemeine Industrieumfrage wird die Bedingungen und das Potential in China erfassen. Die Umfrage wird als wichtige Grundlage für die Durchführung der sozialistischen Modernisierung dienen. Im Jahre 1950 wurde die erste allgemeine Industrieumfrage durchgeführt. Der Inhalt dieser Umfrage war relativ grob. In den danach folgenden 30 Jahren wurde keine weitere Umfrage durchgeführt. Es wurden nur periodisch Daten gesammelt und zusammengestellt, die monatlich und in jährlichen statistischen Berichten über die Industrie veröffentlicht wurden. Diese Daten wurden benötigt, um die Lage der Industrie darzustellen. Doch viele dieser Daten waren nicht vollständig.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß der Zweck dieser Umfrage zweifach sein wird. Erstens soll die Umfrage nach makroökonomischen Gesichtspunkten ein klares Bild der grundlegenden Relationen in Chinas Industrie vermitteln und

recht umfassende, detaillierte und systematische Daten über die grundlegende Industriewirtschaft liefern. Neben einem Gesamtbild der Industrie, einschließlich Produktion, Beschaffung, Marketing, Arbeitskräfte, finanzielle und materielle Ressourcen werden vier Punkte betont: Die interne Struktur der Industrie, die technischen Verhältnisse der Industrieausrüstungen, die Qualität der Arbeiter und Angestellten sowie wirtschaftliche Erfolge. In mikroökonomischer Hinsicht hat die allgemeine Umfrage den Zweck, ein klares Bild der grundlegenden Situation in jedem Industrieunternehmen zu vermitteln und das statistische Material sowie das Rechnungswesen zu verbessern.

Auf die Frage, wie die allgemeine Umfrage durchgeführt werden solle, wurde geantwortet: Die Umfrage wird in drei Etappen durchgeführt. Das Jahr 1985 wird die Etappe der Vorbereitungen sein. Im ersten Quartal des Jahres 1986 wird die tatsächliche Umfrage durchgeführt. Die Zeit vom zweiten Quartal 1986 bis 1988 wird dafür benötigt, die gesammelten Daten in der allgemeinen Umfrage zusammenzufügen, zu sortieren, zu analysieren und zu studieren. (Xinhua, 13.10.85, zitiert nach SWB, 22.10.85) -lou-

* (26)

Kollektivunternehmen können Angestellte aus staatlichen Unternehmen einstellen

Auf einer nationalen Konferenz am 12. November 1985 in Xi'an wurde bekanntgegeben, daß Facharbeiter, die in staatseigenen Unternehmen nicht benötigt würden, nun auch in Kollektiv- oder ländliche Unternehmen überwechseln können. Die neue Politik zielt auch darauf hin, Personal aus den Küsten- oder entwickelten Regionen in die Inland- oder unterentwickelten Regionen oder von Führungsorganen zu Einheiten an der Basis zu bringen. Dies teilte He Guang, der stellvertretende Minister für Personal und Arbeit, mit. He teilte weiter mit, daß Sonderbüros in 20 Provinzen und Städten errichtet worden seien, um die Techniker in die Kollektiv- und ländlichen Unternehmen zu schleusen. In Xi'an, der Hauptstadt der Provinz Shaanxi, der ersten Stadt, in der die neue Politik ausprobiert worden war, waren 900 Techniker in Kollektiv- und ländliche Betriebe seit August 1984 umgesetzt worden. In Chinas Kollektiv- und ländlichen Unternehmen arbeiten 25% der insgesamt 120 Mio. Angestellten des Landes. Doch über 90% der Techniker und Facharbeiter des Landes arbeiten in großen staatseigenen Unternehmen, die nur 2% der insgesamt 400.000 Industrieunternehmen in

China ausmachen. Staatseigene Unternehmen beschäftigen 87 Mio. Arbeiter, von denen mindestens 10 Mio. nicht benötigt werden. Die Menschen zögerten, in Kollektiv- oder ländliche Unternehmen zu gehen, weil die Einkommen und Zusatzleistungen dort nicht sicher waren.

Während die laufende Wirtschaftsreform die egalitaristische Verteilung in den Staatsunternehmen in Frage stellt, haben die flexible Operationsweise und höhere Einkommen die Kollektiv- und ländlichen Unternehmen attraktiver gemacht. Hinzu kommt, daß manche Menschen das Gefühl haben, daß sie ihre Talente besser in nicht der Regierung gehörenden Fabriken anwenden können. Doch nur diejenigen, die wirklich in ihren Unternehmen überflüssig sind, können zu anderen Arbeitsplätzen überwechseln. Falls jemand nur um höhere Zahlungen willen seinen Arbeitsplatz wechseln will, so wird sein Antrag zurückgewiesen. (XNA, 14.11.85) -lou-

* (27)

Offizielle Definition für spezialisierte Haushalte

Das Zentrale Statistikamt veröffentlichte eine offizielle Definition der sogenannten spezialisierten Haushalte - jener ländlichen Haushalte, die sich auf Warenproduktion oder Dienstleistungen spezialisiert haben. Es müssen die folgenden Kriterien erfüllt sein, damit ein spezialisierter Haushalt vorliegt:

- (1) Der beste Arbeiter oder die Mehrheit der Arbeitskräfte müssen sich mit zumindest 60% ihrer Arbeitszeit auf eine spezialisierte Produktionslinie oder eine bestimmte Dienstleistung konzentrieren; das Einkommen aus dieser Tätigkeit darf nicht weniger als 60% des Gesamteinkommens sein.
- (2) Mindestens 80% der Produkte müssen vermarktet werden, im Falle von Haushalten die sich auf die Getreideproduktion spezialisieren, nicht weniger als 60%.
- (3) Es muß ein Einkommen aus dem Verkauf der Produkte erzielt werden, das zumindest das Doppelte des Durchschnitts aller ortsansässigen Familien beträgt.

Diese Standards werden die statistische Arbeit unterstützen. Bislang waren unterschiedliche Standards an unterschiedlichen Orten verwendet worden, um die Zahl dieser Haushalte zu erfassen.

Insgesamt hatten 4,256 Mio. ländliche Haushalte, das sind 2,3% der gesamten Haushalte des Landes, gegen Ende 1984 die nationalen Standards erreicht. Das jährliche Einkommen aus der spezialisierten Produktion oder aus den Dienstleistungen dieser Haushalte betrug im Durchschnitt 4.624 Yuan pro Haushalt, das waren 75,6% der nationalen Gesamtheit.

Mehr als 52% dieser Haushalte betätigten sich in Industrie, Handel, Wohnungsbau, Transport oder Dienstleistungen. Jene Haushalte, die sich auf Landwirtschaft, Forstwesen, Viehzucht, Fischerei und Industrie spezialisierten, konnten 68,5% ihrer Produkte auf den Markt anbieten. (XNA, 5.11.85) -lou-

* (28)

Differenziertes System der Verantwortlichkeit von Fabrikdirektoren

In der Guangming Ribao erschien ein Artikel von Han Xiulan über den Status der Fabrikdirektoren. Es folgen wichtige Passagen aus diesem Artikel:

Das sozialistische geplante Warenwirtschaftssystem auf der Basis des öffentlichen Eigentums an den Produktionsmitteln ist die grundlegende Voraussetzung für die Erforschung des Status eines Fabrikdirektors, während die Art des Eigentums des Unternehmens an den Produktionsmitteln oder die wirtschaftliche Natur des Unternehmens die Basis für die Definition des Status bildet...

...Gegenwärtig gibt es hauptsächlich drei Verwaltungsmethoden in den Unternehmen unseres Landes, die dem ganzen Volk gehören; deswegen gibt es auch drei verschiedene Arten von Fabrikdirektoren.

Zunächst einmal gibt es die wichtigen Unternehmen, die Bedeutung haben für die staatlichen Pläne und für den Lebensstandard des Volkes... In diesen Unternehmen repräsentieren die Fabrikdirektoren im wesentlichen den Staat, und zwar weil der Staat Befehlspläne an alle diese Unternehmen auszugeben hat. Deshalb besitzen diese Unternehmen keine große Unabhängigkeit bezüglich der Wirtschaftsverwaltung; sie haben auch keine große Verantwortlichkeit für Gewinne und Verluste und sie haben eingeschränkte Macht über ihre Wirtschaftsverwaltung. Die Fabrikdirektoren werden vom Staat ernannt, der ihnen die Aufgabe gibt, die Unternehmen für ihn zu verwalten. Die Vertretungen der Arbeiter und Angestellten dieser Unternehmen haben nur das Recht, an der Entscheidungsfindung und der Verwaltung der Unternehmen teilzunehmen,

doch sie haben keine direkte Entscheidungsgewalt. Obgleich die Fabrikdirektoren die Ansichten der Arbeiter und Angestellten zu achten haben, ihre Überwachung zu akzeptieren haben, ein striktes wirtschaftliches Verantwortungssystem innerhalb der Unternehmen einführen müssen, wodurch das Einkommen der Arbeiter und Angestellten an die Arbeitsergebnisse geknüpft wird, und ihre Interessen wahrnehmen müssen, sind die Fabrikdirektoren im wesentlichen dem Staat verantwortlich.

...Zweitens vertreten die Fabrikdirektoren in den großen und mittleren Kollektivunternehmen grundsätzlich die Unternehmen. Da der Staat im wesentlichen nur Leitpläne für diese Unternehmen ausgibt, obgleich manchmal auch Befehlspläne zur Anwendung kommen, ist die staatliche Kontrolle über diese Unternehmen im allgemeinen indirekt. Die Unternehmen haben eine relativ große Macht über die Wirtschaftsverwaltung und tragen in einem größeren Ausmaß die Verantwortung für Gewinne und Verluste.

Falls es in einem solchen Unternehmen Betriebsverluste gibt, sollte zunächst der Fabrikdirektor dafür verantwortlich gemacht werden. Sowohl das Einkommen des Unternehmens als auch das der Arbeiter und Angestellten wird reduziert. Der Fabrikdirektor kann demokratisch von den Arbeiter- und Angestelltenvertretungen gewählt werden, kann aber auch vom Staat ernannt werden, doch die Ernennung sollte durch die Arbeiter- und Angestelltenvertretungen genehmigt werden. Diese Vertretungen haben auch das Recht, die Entscheidungen der Direktoren über wichtige Fragen bezüglich Produktion und betrieblicher Angelegenheiten des Unternehmens zu überprüfen und zu genehmigen.

Bei Produktionsaktivitäten und anderen betrieblichen Aktivitäten sollten die Fabrikdirektoren die Interessen des Staates vertreten, die Befehlspläne des Staates ausführen und sich selbst dem Staat gegenüber verantwortlich fühlen, doch diese Art von Verantwortlichkeit muß auf der Verantwortlichkeit für die Unternehmen und für die Arbeiter und Angestellten gründen. Aus der Sicht der wirtschaftlichen Verhältnisse vertreten die Fabrikdirektoren hauptsächlich die Unternehmen, doch sie sollten auch die Interessen des Staates sicherstellen. Aus gesetzlicher Sicht, wenn die rechtliche Verantwortlichkeit für Verluste des Betriebes bestimmt werden soll, vertreten die Fabrikdirektoren die Unternehmen...

Drittens vertreten die Fabrikdi-

rektoren in den kleinen Unternehmen, die für den täglichen Bedarf produzieren, ...ganz und gar die Unternehmen. Da diese Unternehmen selbst über Arbeit, finanzielle und materielle Ressourcen, Beschaffung, Produktion und Marketing entscheiden, werden die Fabrikdirektoren von den Arbeiter- und Angestelltenvertretungen gewählt. Diese Unternehmen können durch die Konkurrenz aus dem Marktgeschehen ausscheiden, falls sie über eine längere Zeit Verluste wegen schlechter Wirtschaftsverwaltung hinnehmen müssen. Bei den Produktions- und sonstigen Aktivitäten dieser Unternehmen sind die Fabrikdirektoren direkt den Arbeitern und den Angestellten der Unternehmen verantwortlich, wobei die Anordnungen und Dekrete von Partei und Staat beachtet werden müssen. (GMRB, 2.11.85, zitiert nach SWB, 15.11.85) -lou-

* (29)

Wirtschaftszeitung äußert sich zum System der Anteilsscheine

In einem Artikel in der Wirtschaftszeitung Jingji Ribao schreiben zwei Autoren über das System der Anteilsscheine, eine neue Aufgabe bei der Veränderung der Eigentümerbeziehungen. Es folgen wichtige Passagen aus diesem Artikel:

"In der Vergangenheit haben viele Ökonomen sich immer nur auf die Erforschung der Reform der wirtschaftlichen Prozeßmechanismen konzentriert, während das Eigentumssystem für die Produktionsmittel, insbesondere das sozialistische Eigentum des gesamten Volkes, als eine feste Prämisse betrachtet wurde. Die Praxis der Wirtschaftsreform in den letzten Jahren hat aber gezeigt, daß die Reform der Prozeßmechanismen, einschließlich der Reform des Entscheidungsfindungsprozesses, der Verstärkung der Rolle von Marktmechanismen, der Anpassung der Verhältnisse ökonomischer Interessen usw., sich nicht nur auf die Reform der Verwaltungsformen beziehen mußte, sondern auch auf die Reform der Verhältnisse in bezug auf das Eigentum oder in bezug auf das Eigentumssystem. Deshalb hat die Frage der Reform der Beziehungen innerhalb des Eigentumssystems mehr und mehr Aufmerksamkeit auf sich gezogen.

Während der Reform in den vergangenen Jahren haben wir bezüglich des Eigentumssystems das Prinzip "je größer der Umfang und je höher der Grad des öffentlichen Eigentums, desto besser" ausgegeben, ein einheitliches Konzept des öffentlichen Eigentums, das den Bereich der Wirtschaftstheorie in unserem Lande eine lange Zeit do-

minierte hat. Die Entwicklung der Verhältnisse in bezug auf das Eigentumssystem in unserem Lande ist über die Grenzen der beiden Systeme des öffentlichen Eigentums hinausgegangen, nämlich des Eigentums des Staates und des Eigentums der Kollektive. Es bildet sich eine neue Struktur mit sozialistischem öffentlichem Eigentum als Hauptform, unter welchen nichtsozialistische Eigentumsformen, die nützlich für die Entwicklung der Produktivkräfte sind, toleriert werden, während sich multiple Wirtschaftsformen und Verwaltungsformen Seite an Seite entwickeln.

Gleichzeitig wandeln sich die beiden Systeme des öffentlichen Eigentums selbst in unterschiedlichen Ausmaßen und auf unterschiedlichen Wege. Was das System der Volkskommunen in ländlichen Gebieten anbetrifft, so hat sich die Praxis der "Integration der Regierungsverwaltung und der Kommuneverwaltung" gewandelt in die Praxis der "Trennung der Regierungsverwaltung und der Kommuneverwaltung". Im Gefolge der verstärkten Durchsetzung des Vertragssystems, das die Entlohnung an den Output auf Haushaltsbasis bindet, hat es einen Durchbruch in den altmodischen regionalen und geschlossenen Kollektivwirtschaftssystemen mit Tauschwirtschaft als Basis gegeben. Der Entwicklung verschiedener Formen der Zusammenarbeit und des gemeinsamen Managements vor, während und nach der Produktion folgend, hat sich ein neuer Weg der kooperativen Wirtschaft eröffnet, der verbunden ist mit Spezialisierung, Sozialisierung und Kommerzialisierung.

Die dem Eigentum des ganzen Volkes unterstehenden Unternehmen in den Städten bewegen sich nun von der alten Art und Weise der Integration von Regierungsverwaltung und Unternehmensverwaltung zu einem neuen System der Trennung dieser beiden Aspekte hin. Einige mittlere und kleine Unternehmen sind vertraglich an Gruppen oder Angestellte oder Einzelpersonen bezüglich der Wirtschaftsverwaltung verpachtet worden, einige Unternehmen haben damit experimentiert, ihren Arbeitern und Angestellten Anteilsscheine zu verkaufen, einige Unternehmen unter unterschiedlichen Formen des öffentlichen Eigentums (Eigentum des ganzen Volkes und Eigentum des Kollektivs) haben Partnerschaften gebildet, um neue Unternehmen zu betreiben, und einige Unternehmen haben schließlich bei anderen investiert. Deshalb sind die Eigentumsformen für Unternehmen diversifizierter, und die Systeme des Eigentums des ganzen Volkes, des Kollektiveigentums und des Eigentums einzelner sind nicht länger voneinander getrennt,

wie sie es einst waren. Die gegenseitige Infiltration und Integration unterschiedlicher Eigentumsysteme ist zu einem Trend geworden, und eine neue Struktur diversifizierter sozialistischer Eigentumsysteme gewinnt nach und nach Gestalt.

Die obengenannten Änderungen in den Verhältnissen bezüglich des Eigentumssystems, insbesondere die Übernahme solcher Formen der wirtschaftlichen Kombination, wie die Partnerschaft und das gemeinsame Management, markieren die Heraufkunft einer embryonischen Form der Anteilswirtschaft...

Da die Entscheidungsgewalt der Unternehmen ausgeweitet worden ist und die Trennung zwischen dem Eigentum und den Befugnissen des Managements ebenso betont wird, haben sich die Unternehmen nach und nach in relativ unabhängige Warenproduzenten und -verleiher verwandelt, und es ist nur natürlich, daß die Unternehmen als Hauptbestandteil der Wirtschaft partielle und kurzfristige Interessen wahrnehmen. Inzwischen gibt es aber keine spezielle Entität, um die Interessen der Eigentümer der Produktionsmittel zu vertreten (d.h. des ganzen Volkes). Wo es aber keine hinreichenden Mittel der makroökonomischen Regulierung gibt, ist es ziemlich schwierig, sicherzustellen, daß partielle und kurzfristige Interessen, die von den Unternehmen vertreten werden, in Übereinstimmung sind mit den langfristigen Interessen der Gesellschaft als ganzer. Es ist nun die Frage aufgetaucht, wie das Verhalten der Unternehmen zu rationalisieren sei, während ihre Kraft zunimmt. Um mit diesem Problem fertig zu werden, haben einige Ökonomen vorgeschlagen, daß, abgesehen von der Verstärkung der makroökonomischen Kontrolle, von außerhalb eine Managementorientierung eingeführt werden sollte, die die Integration der kurzfristigen Unternehmensinteressen und der langfristigen Interessen zustande bringen könnte. Dies könnte durch die Reform des internen Eigentumssystems des Unternehmens geschehen, nämlich durch die Errichtung eines Anteilssystems.

Die Befürworter der Errichtung eines Systems der Anteilsscheine in China haben die folgenden Gründe vorgebracht:

- (1) Dieses System kann dazu beitragen, brachliegendes Kapital zusammenzufassen; auf diese Weise kann dem Mangel an Fonds, die für das Modernisierungsprogramm benötigt werden, begegnet werden.
- (2) Es etabliert konkretere Ver-

hältnisse in bezug auf das Eigentumssystem, und auf diese Weise wird die Situation verändert, in der jeder der Eigentümer des Unternehmens ist, in der jedoch niemand sich verantwortlich fühlt.

- (3) Es wird dazu beitragen, gegenseitig restriktive Verhältnisse zwischen dem Eigentümer des Unternehmens, dem Betreiber und dem Produzenten zu etablieren und auf diese Weise den Prozeß der Rationalisierung des Verhaltens des Unternehmensmanagements voranzutreiben.
- (4) Der Verkauf von Teilen des Unternehmens in Form von Anteilsscheinen an die Arbeiter und Angestellten wird diese ermutigen, mehr Interesse am Unternehmen zu zeigen und an Verwaltung und Leitung des Unternehmens teilzunehmen.

Die Ökonomen, die die Einführung der Anteilswirtschaft befürworten, stellen im allgemeinen nicht in Abrede, daß der Staat das Eigentum und die Entscheidungsbefugnisse einer kleinen Anzahl von großen Unternehmen, die von Wichtigkeit für die Volkswirtschaft und den Lebensunterhalt des Volkes sind, erhalten muß. Ihre Meinungen unterscheiden sich jedoch hinsichtlich der Frage, ob der Staat, das Unternehmen oder die privaten Einzelnen die größte Zahl der Anteilsscheine in den meisten Unternehmen halten sollten, die das Anteilssystem praktizieren.

Die erste Meinung empfiehlt ein Anteilssystem ohne den Staat mit dem Individuum als dem dominanten Anteilseigner. Unter einem solchen System unterzieht sich das Eigentum des Unternehmens einem Wandel von "dem Kauf von Anteilsscheinen ausschließlich durch die Betriebsmitglieder" zum "freien Kauf von Anteilsscheinen durch alle Bürger"; auf diese Weise wird das Unternehmen nicht mehr dem jetzigen "Eigentum des ganzen Volkes" unterstehen, sondern in das "Eigentum der Anteilseigner als Kollektiv" übergehen. Es ist jedoch gegenwärtig nicht durchführbar, an die Individuen mehrere Hundert Milliarden Yuan an Aktiva zu verkaufen, die nun den staatlichen Unternehmen gehören. Falls dies in der Zukunft möglich sein sollte, so dürften sich die Anteilsscheine wahrscheinlich in den Händen einer Anzahl von Menschen konzentrieren, die eine Gesellschaftsschicht bilden würden, die von Gewinnen lebt. Eine solche Entwicklung würde der Art und Weise unserer Gesellschaft entgegenwirken. Deshalb ist diese Vorstellung nicht ideal.

Die zweite Richtung empfiehlt ein Anteilssystem ohne Regierung mit dem Unternehmen als dem dominierenden Anteilseigner und einem staatlichen Engagement. Die Unternehmen haben ein großes Potential zum Ankauf von Anteilsscheinen, und ihr Potential hat sich insbesondere deshalb schnell vergrößert, weil der Anteil der Gewinneinbeziehung ständig steigt. Dennoch bedeutet die Einführung eines Anteilssystems mit dem Unternehmen als dem dominierenden Anteilseigner in der Tat die Umwandlung der Aktiva der bestehenden staatseigenen Betriebe in Aktiva der Betriebsmitglieder als Gruppe. Es wird deshalb die Frage auftauchen, ob neue Mitglieder des Unternehmens in gleicher Weise behandelt werden sollten wie alte Mitglieder, und zwar in bezug auf ihre Entlohnung und ihre Rechte an den Aktiva des Unternehmens. Falls sowohl die alten als auch die neuen Mitglieder gleich behandelt würden, würde sich das System nicht vom System des Eigentums durch das ganze Volk unterscheiden. Falls neue Mitglieder unterschiedlich behandelt werden, ergeben sich Unterschiede zwischen verschiedenen Gruppen des Unternehmens. Im allgemeinen wird dieses System dahin führen, daß das Unternehmen neue Mitglieder zurückweist, wodurch ein vernünftiger Arbeitskräftefluß verhindert wird. Des Weiteren wird das System einige Arbeiter zu Eigentümern der Produktionsmittel machen, während die anderen auf bloße Angestellte reduziert werden. Deshalb ist dieses System auch nicht ideal.

Eine dritte Richtung empfiehlt, das Anteilssystem mit dem Eigentum in Staatshand. Der Staat soll der dominierende Anteilseigner bleiben, und das Gesetz garantiert das staatliche Eigentum der meisten Produktionsmittel, während Direktproduzenten und -betreiber die Produktionsmittel der Unternehmen mieten können. Der Wirtschaftsbericht der Weltbank empfahl, daß China das "sozialistische Anteilsschein-System" übernehmen solle. Entsprechend diesem Vorschlag soll das Eigentum jedes staatseigenen Unternehmens geteilt werden unter verschiedene Organisationen, die das ganze Volk in unterschiedlicher Weise vertreten. Diese Organisationen sind im wesentlichen mit den Gewinnen befaßt, die von den Unternehmen erzielt werden, und nicht mit dem spezifischen Management des Unternehmens, das durch das Verwaltungspersonal des Unternehmens übernommen werden soll. Dies ist in der Tat ein Anteilssystem mit dem Staat als Allein-Eigentümer, nur daß die Anteile unter verschiedene staatliche Organisationen verteilt werden. Da ein Unternehmen unter ei-

nem solchen Anteilssystem mit dem Eigentum des Staates ein staatseigenes Unternehmen bleibt, wird es kaum freibleiben von der direkten Einflußnahme durch staatliche Verwaltungsorganisationen und wird deshalb im Ergebnis auch nicht von solchen ungunstigen Praktiken verschont bleiben, wie z.B. die Vermischung von Regierungsverwaltung mit der Verwaltung des Unternehmens und der Nutzung von Regierungsmacht zum Betreiben der Geschäfte.

Als Ergebnis ihrer Zweifel über die obengenannten drei Vorschläge sind einige Ökonomen der Meinung, daß es nicht möglich sei, die Reform in die meisten der Unternehmen, die dem Eigentum des ganzen Volkes unterstehen, einzuführen. Sie sind der Meinung, daß der Grund, warum die Unternehmen dazu tendieren, kurzfristige Interessen für ihre Mitglieder wahrzunehmen, darin besteht, daß die Reformmaßnahmen immer noch nicht komplett sind, daß der makroökonomische Kontrollmechanismus imperfekt ist, daß es einen Mangel an mikroökonomischen Regulierungsmechanismen gibt, und daß schließlich im Laufe der Reform ungewisse Faktoren zu erwarten seien. Unter den gegenwärtigen Umständen kann nicht erwartet werden, daß die Widersprüche zwischen den langfristigen Interessen und den mittel- und kurzfristigen Interessen der Unternehmen sowie die Widersprüche zwischen den Interessen derjenigen, die das Unternehmen betreiben, und den Eigentümern durch die Einführung eines Anteilssystems in eine Wirtschaft, die dem Eigentum des ganzen Volkes unterliegt, gelöst werden können.

Um diese Widersprüche zu lösen, müssen wir stattdessen ein komplettes Paket von Reformmaßnahmen einführen. Es muß darauf hingewiesen werden, daß, obgleich es unterschiedliche Meinungen darüber gibt, ob das Anteilssystem in die Unternehmen unter dem Eigentum des ganzen Volkes eingeführt werden sollten, diese unterschiedlichen Interessen dennoch einige grundlegende Ausgangspunkte und Überlegungen gemeinsam haben. Alle in dieser Debatte stimmen darüber überein, daß es nötig sei, ein Ende mit der Praxis zu machen, die Fonds frei nutzen zu können. Es soll mit der Fondszuweisung dergestalt, daß die Fonds hauptsächlich vertikal fließen, und der einheitlichen und geschlossenen Eigentümerstruktur Schluß gemacht werden. Es sollte auch darauf hingewiesen werden, daß sogar diejenigen, die gegen die Einführung des Anteilssystems in die meisten der staatseigenen Betriebe sind, nicht in Abrede stellen, daß es möglich sei, dieses System in den kleinen

Unternehmen einzuführen, die den Angriffen der Verwaltung weniger ausgesetzt seien.

Die marxistischen Klassiker hatten das Anteilssystem der kapitalistischen Wirtschaft als eine Prämisse für die Etablierung des sozialistischen öffentlichen Eigentums interpretiert und hatten die Aktiengesellschaft als Sozialkapital verstanden, das dem Privatkapital gegenüberstehe... In der Geschichte der internationalen kommunistischen Bewegung haben wir jedoch bislang kein Vorbild, nach dem man sich hinsichtlich einer Einführung eines Anteilssystems in die Unternehmen unter sozialistischem Eigentum des ganzen Volkes richten könnte.

...Wir dürfen weder an Konventionen festkleben und blind jede neue Idee zurückweisen, noch hastig in Massenaktionen verfallen. Stattdessen sollten wir eine durchgehende Analyse durchführen, um sowohl die positiven als auch die negativen Einflüsse herauszufinden, die das Anteilssystem mit sich bringt, sowie die notwendigen objektiven und subjektiven Bedingungen zur Einführung dieses Systems. Nur auf diese Weise können wir realistische Ansichten vorbringen." (Jingji Ribao, 2.11.85, zitiert nach SWB, 16.11.85) -lou-

*(30)

Neue Typen in der chinesischen Flugzeugindustrie

Während des 6.Fünfjahresplanes (1981-1985) hat die chinesische Flugzeugindustrie 135 reguläre zivile Flugzeuge und eine Anzahl von ultraleichten Flugzeugen produziert. Dies teilte Mo Wenxiang, der Minister für die Flugzeugindustrie, am 22.11.1985 mit. Unter den Flugzeugen sind Mittel- und Kurzstrecken-Passagermaschinen vom Typ Yun-7, mittlere Transporter vom Typ Yun-8, Mehrzweckflugzeuge der Typen Yun-11 und Yun-12 sowie leichte Hubschrauber vom Typ Zhi-9. Diese Flugzeuge werden nun von der chinesischen Zivilluftfahrt-Verwaltung (CAAC), von geologischen Abteilungen, von Produktions- und Konstruktionsgruppen in Xinjiang, der Luftwaffe, der Marine und der China Offshore Helicopter Service Corporation benutzt. Flugzeuge vom Typ Yun-7 sind kürzlich auf der Linie zwischen Shanghai und Wuhan eingesetzt worden. Die Luftfahrtindustrie, so der Minister, befinde sich jedoch erst am Anfang. In den nächsten fünf Jahren werde es eine große Entwicklung geben.

In der Zwischenzeit werden die Flugzeugproduzenten vier neue Modelle mit technologischen Standards der 1980er Jahre entwickeln,

darunter ein 50sitziges Mittel- und Kurzstreckenflugzeug, ein 40sitziges Kurzstreckenflugzeug sowie ein Flugzeug für besondere Zwecke und einen Hubschrauber. Gleichzeitig wird die Industrie neue Flugzeugmotoren nach den letzten technologischen Standards entwickeln.

Wie Wang Ang, stellvertretender Minister für die Flugzeugindustrie, am 21.11.1985 in Beijing mitteilte, wird Chinas Luftfahrtindustrie neue Typen eines 100sitzigen Düsenflugzeuges in Zusammenarbeit mit Messerschmitt-Bölkow-Blohm aus der Bundesrepublik Deutschland und Mc Donnell Douglas Corp. aus den Vereinigten Staaten entwickeln. Nach der gemeinsamen Produktion von 25 Flugzeugen des Typs MD-82 mit der McDonnell Douglas Corp. stellt dies einen weiteren wichtigen Schritt der Industrie in der internationalen Kooperation dar. Nach Angaben des stellvertretenden Ministers habe Chinas Luftfahrtindustrie mehr als 200 Spezialisten in die Bundesrepublik Deutschland und in die Vereinigten Staaten entsandt, um bei der Konstruktion und der Produktion der neuen Flugzeuge zu helfen.

China plant, die zivilen Flugzeuge zu exportieren. Die Flugzeuge der Typen Yun-7 und Yun-12 hätten bereits das ausländische Interesse auf sich gezogen; Exportverhandlungen wären bereits aufgenommen worden.

Wie der stellvertretende Ministerpräsident Wan Li am 22.11.1985 mitteilte, sollte die Volksrepublik keine Flugzeuge importieren, die sie selbst herstellen könne. Die zivile Luftfahrtindustrie sollte alles tun, um die Entwicklung chinesischer Flugzeuge zu unterstützen. Wan Li betonte, daß in China hergestellte Flugzeuge auf den Inlandrouten in Dienst gestellt werden sollten. Sie sollten nicht nur von der CAAC genutzt werden, sondern auch von regionalen Fluglinien in Xinjiang und in der Inneren Mongolei. (XNA, 22. u. 23.11.85) -lou-

*(31)

Bauern verlassen Armutsgebiete im Nordwesten

Um das Jahr 1990 werden ca. 800.000 Menschen drei Armutsgebiete im Nordwesten Chinas verlassen haben und in bessere Gebiete gezogen sein. Dies sieht ein Regierungsprogramm zur Hilfe der Armen vor. Neben der Abwanderung der Menschen sieht die Regierung vor, in einer Massenaktion Bäume und Gras in diesen Gebieten zu pflanzen in der Hoffnung, daß sich in 10 Jahren die ökologischen Bedin-

gungen soweit verändern, daß keine Verschlechterungen eintreten.

Seit 1983 haben sich 132.000 Bauern aus den Gegenden von Dingxi und Hexi in der Provinz Gansu und der Gegend von Xihaigu in der Autonomen Region Ningxia in feuchteren und wenig besiedelten Gebieten niedergelassen, und zwar in einigen Gebieten entlang des Gansu-Korridors und in der großen Biegung des Gelben Flusses. Die Regierung hat jährlich durchschnittlich 200 Mio.Yuan ausgegeben, um Bewässerungsprojekte, Wohnraum, Schulen, Hospitäler und andere öffentliche Einrichtungen zu bauen. Das Wohnraumprogramm alleine hat nach Angaben des zuständigen Amtes des Staatsrates 60 Mio.Yuan gekostet. In der Zwischenzeit hat das Weltnahrungsmittel-Programm der Vereinten Nationen 40 Mio.US\$ für Bewässerungsprojekte und Waldschutzmaßnahmen investiert. Die Regierung hofft, daß in den nächsten fünf Jahren alle Bauern in diesen drei Gebieten in der Lage sind, ihre Lage zu verbessern. Gegenwärtig beträgt das jährliche Einkommen der Bauern in diesen Gegenden nicht mehr als ein Zehntel des nationalen Durchschnitts. In einem normalen Jahr beträgt der Ernteertrag durchschnittlich 150 kg Getreide pro Person, in einem Katastrophenjahr ist die Ernte gleich Null.

Funktionäre des dem Staatsrat unterstehenden Amtes beschrieben die Migration als "vollständig freiwillig". Diejenigen, die in ihren Heimatorten bleiben möchten, können dies tun, solange sie es wünschen. Abwanderer können sich ihre Häuser und ihr Land in ihren Heimatorten reservieren lassen und zurückkehren, falls sie dies wünschen.

Das Amt führte die Armut in diesen drei Gegenden auf Trockenheit und Überbevölkerung zurück. In den letzten 36 Jahren hätten 23 Trockenheiten, darunter 11 sehr schwere, die Gebiete betroffen. Während dieser Perioden gab es keine Ernten und der Staat mußte Unterstützungen bereitstellen. Es gibt 50 Einwohner pro Quadratkilometer; nach den Standards des Weltnahrungsmittelprogramms für Gegenden mit einem jährlichen Niederschlag von weniger als 350 mm seien nur sechs oder sieben Personen pro Quadratkilometer zulässig.

Die Provinz Gansu hat bis jetzt 20 Bewässerungsprojekte vollendet, wodurch 65.000 ha bewässerten Landes hinzugekommen seien. In Süd-Ningxia seien 12.000 ha bewässerten Landes hinzugekommen. Auch im Nordwesten der Provinz Qinghai ist die Abwanderung der Armen im Ganzen, während in der Provinz Shaanxi

Vorbereitungen für das Programm unternommen würden. Auch die Provinz Yunnan im Südwesten des Landes hat Maßnahmen ergriffen, um die Abwanderung der armen Menschen zu stützen. (XNA, 19.11.85) -lou-

*(32)

Durchschnittseinkommen in der Provinz Jiangsu erheblich gestiegen

Nach Angaben des Statistik-Amtes der Provinz Jiangsu wird das Durchschnittseinkommen der Bauern in dieser Provinz im Jahre 1985 um 10% gegenüber dem Vorjahr auf 493 Yuan pro Kopf ansteigen. Jeder Einwohner der ländlichen Gebiete erhielt 1984 durchschnittlich 485 Yuan als Nettoeinkommen, das war mehr als doppelt soviel wie im Jahre 1980. Das im 6.Fünfjahresplan festgesetzte Ziel von 350 Yuan Pro-Kopf-Einkommen wurde vor zwei Jahren bereits erreicht.

Mit einer Fläche von 100.000 Quadratkilometern und einer Bevölkerung von 62 Mio. ist Jiangsu eine der wirtschaftlich am höchsten entwickelten Provinz Chinas. Nach Angaben des Funktionärs auf dem Statistik-Amtes produzierte die Provinz den höchsten Bruttoerzeugungswert von Industrie und Landwirtschaft im Lande; nach Sichuan war Jiangsu die Provinz mit der zweitgrößten Getreideproduktion.

Zwischen 1980 und 1984 wuchs das Einkommen jedes Bewohners der ländlichen Gebiete durchschnittlich jährlich um 19,8% oder 57,5 Yuan. Im Vergleich dazu betrug die jährliche Wachstumsrate nur 3,5% oder 5 Yuan in der Zeit zwischen 1954 und 1980. Die Anzahl der Bauernfamilien mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von unter 300 Yuan sank von 80,7% im Jahre 1980 auf 18,7% im Jahre 1984. Während der Periode von 1980-1984 stieg die Zahl der Haushalte mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von mehr als 500 Yuan von nur 1,5% auf 35,6%. Des weiteren ist die Einkommenslücke zwischen städtischen Arbeitern und Bauern beträchtlich verringert worden. 1984 verdiente jeder Bauer zwei Drittel des Durchschnittseinkommens eines Arbeiters; im Jahre 1980 verdiente jeder Bauer nur die Hälfte.

Die im Jahre 1979 begonnenen Reformen (Verantwortlichkeitssystem) haben die Anzahl der ländlichen Familienunternehmungen (spezialisierte Produktion) auf 289.000 angehoben, das waren 2,2% aller Bauernfamilien in der Provinz. Solche Haushalte verdienen 80% mehr als andere ländliche Familien im Durchschnitt.

Jeder Einwohner der ländlichen Gebiete erhielt im Durchschnitt

62,4 Yuan als Einkommen aus von Dörfern oder Kleinstädten geführten Unternehmen im Jahre 1984 gegenüber nur 18,2 Yuan im Jahre 1980. Drei Viertel der Extra-Pro-Kopf-Einkommen, die zwischen 1980 und 1984 verdient wurden, waren das direkte Ergebnis von landwirtschaftlichen und Nebenerwerbsaktivitäten basierend auf Haushalten. Der Rest stammte aus den höheren staatlichen Ankaufspreisen für landwirtschaftliche Produkte. (XNA, 12.11.85) -lou-

TAIWAN

*
*
* * * * *

***(33)
Im diplomatischen Ring gegen
Beijing weitere Punkte in
Lateinamerika verloren**

Am 7. Nov. hat die Regierung in Taipei den stellvertretenden Außenminister Shao Xuekun zum neuen Botschafter in Costa Rica und den Sprecher des Außenministeriums, Wang Zhaoyuan (Henry Wang), zum Außenminister in Uruguay ernannt (LHB, 8.11.85). Lateinamerika ist der letzte außenpolitisch wichtige Stützpunkt Taiwans. Insgesamt unterhält die Insel zur Zeit noch diplomatische Beziehungen zu 24 Staaten in der ganzen Welt, von denen 14 in Mittel- und Südamerika liegen (Costa Rica, Dominica, Dominikanische Republik, El Salvador, Guatemala, Haiti, Honduras, Nicaragua, Panama, Paraguay, Uruguay, St. Christopher/Nevis, St. Lucia sowie St. Vincent und die Grenadinen). Am 11. Juli dieses Jahres brach Taiwan die diplomatischen Beziehungen zu Bolivien ab, nachdem La Paz Beijing als die einzige legitime Regierung Chinas und Taiwan als einen untrennbaren Bestandteil der VR China anerkannt hatte (s. C.a. Juli 1985, S.428, Ü 52). Damit ist das bis dahin gestaltete Gleichgewicht - jedenfalls von den Zahlen her gesehen - zwischen Beijing und Taipei mit jeweils 15 diplomatischen Vertretungen in Lateinamerika gebrochen. Am 1. Okt. konnte Beijing durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Grenada seine Punktüberlegenheit im diplomatischen Ring gegen Taiwan auf diesem Erdteil zu einer Relation von 17:14 ausbauen.

Ferner soll auch Nicaragua laut Meldung der New York Times vom 17. November (nach DGB, 20.11.85) planen, die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan zugunsten Beijings abzubrechen. Am 24. Okt. hat der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang am Rande der UNO-Vollversammlung mit dem Staatspräsidenten von Nicaragua, Daniel Ortega Saavedra, Gespräche in New York geführt (XNA, 26.10.85, S.39). Nach der Teilnahme an den Feier-

lichkeiten zum 40. Jahrestag der Weltorganisation besuchte Zhao vom 28. Okt. bis 12. Nov. Kolumbien, Brasilien, Argentinien und Venezuela. In einem Leitartikel der LHB vom 30. Okt. wurde befürchtet, daß Zhao's Besuch in den vier lateinamerikanischen Ländern indirekten Einfluß auf die Chinapolitik der Nachbarländer ausüben könnte, vor allem in Uruguay und Paraguay, wo seit einiger Zeit bereits daran gedacht wird, die VR China anzuerkennen.

Taiwans Befürchtung eines diplomatischen Debakels in Lateinamerika zeigte sich daran, daß Vizepräsident Li Denghui im Februar und September dieses Jahres zweimal dieser Region einen Besuch abstattete (C.a. Sept. 1985, S.605, Ü 44).

Kurz vor seiner Abreise nach Uruguay drückte der neue Botschafter Wang Zhaoyuan zwar seine Zuversicht in Taiwans Beziehungen zu dem lateinamerikanischen Staat aus, doch werde er seine Mission zur Unterhaltung der Beziehungen beider Seiten so vorsichtig ausführen, "als ob man auf einer dünnen Eiskecke ginge" (LHB, 14.11.8). -ni-

***(34)**

Rückgang im Handel mit EG-Staaten

Nach Angaben der taiwanesischen Euro-Asia-Trade Organization, die sich auf Zollstatistiken Taiwans stützen, lag der Handel der Insel mit den EG-Ländern in den ersten zehn Monaten dieses Jahres mit 3,82 Mrd. US\$ um 0,9% unter dem Ergebnis des gleichen Vorjahreszeitraumes, allerdings war im Handel mit den übrigen europäischen Staaten in demselben Zeitraum ein Zuwachs von 0,7% zu verzeichnen. Während Taiwans Exporte in die EG um 3,9% auf 2,17 Mrd. US\$ sanken, stiegen die Importe aus der EG um 3,4% auf 1,64 Mrd. US\$, die Bilanz wies also immer noch einen Überschuß von 530 Mio. US\$ zugunsten Taiwans auf.

Im Handel mit der Bundesrepublik Deutschland, dem größten Handelspartner Taiwans in Europa, nahmen Taiwans Ausfuhren im genannten Zeitraum mit 646,3 Mio. US\$ um 8,8% und die Einfuhren mit 686,4 Mio. US\$ um 0,1% ab. Nach Statistiken des Ostasiatischen Vereins in Hamburg ergab sich im ersten Halbjahr d.J. beim bundesdeutschen Import aus Taiwan mit 1.541 Mio. DM noch eine Zunahme von 9,7% und beim Export nach Taiwan mit 1 Mrd. DM sogar ein Zuwachs von 21,1%.

Zieht man Gesamteuropa in Betracht, hat Taiwan in den ersten zehn Monaten d.J. im Vergleich zum gleichen Zeitraum 1984 mit

2,02 Mrd. US\$ 2,5% mehr importiert und mit 2,44 Mrd. US\$ 3,2% weniger exportiert (Central News Agency, 4.10. u. 20.11.85). -ni-

***(35)**

Doppelzüngige Politik im Handel mit dem chinesischen Festland

Auf eine kleine Anfrage im Gesetzgebungs Yuan wiederholte die Taipei Regierung in schriftlicher Form ihren doppelzüngigen Standpunkt zum chinesisch-chinesischen Handel zwischen den beiden Ufern der Taiwan-Straße, d.h. einerseits die Ablehnung jeglicher Handelsbeziehungen mit dem chinesischen Festland und andererseits die Duldung des Warenaustausches über Drittländer. Dabei gab sie drei Grundprinzipien bekannt:

- Kein Direkthandel mit den chinesischen Kommunisten.
- Direktkontakte mit Geschäftsleuten vom chinesischen Festland sind auch im Ausland nicht gestattet.
- Wenn Waren aus Taiwan in ein Drittland ausgeführt werden und keine Informationen über ihren Wiederverkauf vorliegen, will die Regierung nicht eingreifen.

Ferner besteht noch das generelle Importverbot für Baumwolle, Kohle und Eisenerz, landwirtschaftliche Rohstoffe sowie traditionelle chinesische Medikamente (mit Ausnahme derjenigen, die man nicht ersetzen kann) aus dem chinesischen Festland (ZYRB und Central News Agency, 22.11.85).

Vor zwei Jahren wurden zwei Geschäftsleute in Taiwan wegen indirekten Handels mit dem chinesischen Festland bestraft (LHB, 11.2.83). Am 1. Oktober dieses Jahres wurden wieder vier Geschäftsleute unter dem Verdacht von Handelskontakten mit dem chinesischen Festland vor dem Militärgericht des Hauptquartiers der Garnison Taiwan angeklagt. In der Anklageschrift wurde ihnen vom militärischen Staatsanwalt der "Versuch zum Umsturz der Regierung mit illegalen Mitteln" bzw. "Güterlieferung an die Rebellen" vorgeworfen (ZYRB, 2.10.85).

Dennoch hat der Warenaustausch zwischen den beiden chinesischen Seiten über Drittländer in der letzten Zeit schwunghaft zugenommen. Er verzeichnete im vorigen Jahr laut offiziellen Angaben Taiwans mit einem Volumen von 560 Mio. US\$ eine Zuwachsrate von 125% gegenüber 1983. Während Taiwan Waren im Wert von 430 Mio. US\$ über Hongkong, Singapur und Japan ans chinesische Festland lieferte, erhielt es über die gleichen Wege Waren im Wert von rund 130 Mio. US\$ (+ 40%) von drüben. Im ersten Halbjahr dieses Jahres ist der